

LEITARTIKEL

Nicht mehr als eine Friedensfantasie

Die Idee einer Schutztruppe für die Ukraine klingt gut, aber ihre Zeit ist noch nicht gekommen

Noch mehr als fünf Wochen dauert es, bis Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrt und innerhalb von 24 Stunden Frieden in der Ukraine schaffen will. Die zweite Amtszeit des Milliardärs beflügelt in Europa nicht nur die Hoffnung auf einen sofortigen Waffenstillstand, sondern auch die gefährliche Illusion eines schnell erreichbaren Friedens. So hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erneut den Einsatz europäischer Soldaten in der Ukraine ins Spiel gebracht – nicht als Ausbilder oder Wartungsingenieure wie im Frühjahr, sondern im Rahmen einer Friedenstruppe, die einen Waffenstillstand sichern und die Demarkationslinien überwachen sollen.

Es sind höchst vertrauliche Gespräche, die Macron seit Tagen mit zahlreichen Regierungschefs führt, erst am Donnerstag mit Polens Ministerpräsidenten Donald Tusk. Es geht um eine Schutztruppe aus fünf Brigaden, insgesamt 40 000 europäische Soldaten. Macron und Tusk vermeiden es, darüber öffentlich zu sprechen. Doch wieder und wieder treffen sich Europas Regierungschefs derzeit zu kleinen Gipfeln, um über Wege zu einem dauerhaften

Der Vorschlag ist heikel und viel komplexer als er auf den ersten Blick scheint

Frieden und echte Sicherheitsgarantien zu beraten. Vor allem die baltischen und skandinavischen Staaten geben dabei den Ton an. Auffällig: Der deutsche Kanzler Scholz – häufig als zögerlich in Europa wahrgenommen – fehlt bei vielen dieser Treffen. Als handlungsfähiger Partner wird er in Paris und Warschau seit dem Platzen der Ampelregierung nicht mehr wahrgenommen. Aus dem Weimarer Dreieck ist ein Zweieck geworden. Eine europäische Schutztruppe wäre jedoch keineswegs ein Garant für einen stabilen Frieden in der Ukraine. Wladimir Putin wird sich nicht

von deutschen, französischen und litauischen Soldaten davon abhalten lassen, mit immer neuen Provokationen Unruhe in der Ukraine zu stiften und europäische Truppen herauszufordern. Für Putin gehört die Ukraine schließlich zur russischen Einflussosphäre, in die sich der Westen nicht einzumischen hat. Wenn europäische Soldaten bei aufflammenden Kämpfen getötet oder verletzt werden, wird der Kreml dem Westen schnell zurufen: Selbst schuld, dass eure Leute in der Ukraine sind.

Sollen eines Tages ausländische Soldaten den Frieden in der Ukraine überwachen, wird man um eine internationale Schutztruppe, die diesen Namen auch verdient, nicht herumkommen. Europa allein kann dies nicht leisten. Schon Blauhelmeinsätze in Krisenregionen wie Mali oder dem Libanon konnten keinen Frieden sichern. Es braucht schon Soldaten aus China oder den Golfstaaten, die Putin nicht anzugreifen wagt, damit eine echte internationale Schutztruppe entsteht. Doch weder in Peking, noch in Europas Hauptstädten will man chinesische Soldaten auf dem europäischen Kontinent für Sicherheit sorgen lassen. Die Idee einer Schutztruppe klingt zwar vielversprechend, ist aber heikel und viel komplexer als sie auf den ersten Blick scheint.

Von den Friedensvisionen zurück zur Realität: Auch nach fast drei Jahren Krieg in der Ukraine gibt es weiter keine ernsthaften Anzeichen dafür, dass Putin an einem Waffenstillstand interessiert wäre. Im Gegenteil: In der Ukraine läuft es gut für ihn, und die Rückkehr Trumps ins Weiße Haus gibt dem Kreml Grund zu der Annahme, dass Kiew auf seinen mit Abstand größten Unterstützer bald nicht mehr zählen kann.

Die einzige Chance, die Ukraine auf einen künftigen Frieden vorzubereiten, besteht in sofortiger, entschlossener militärischer Unterstützung, damit das Land in Verhandlungen mit einer starken Position auftreten kann. Die Idee einer Friedenstruppe spiegelt zwar Europas Hoffnung auf einen baldigen Frieden wider. Doch die Zeit dafür ist noch nicht gekommen.

KOMMENTAR

Hoffnung auf neuen Dialog

Frankreichs neuer Premier muss die Blockade auflösen

François Bayrou erwies sich in den ersten Stunden als französischer Premierminister als klarsichtig: Seine Aufgabe, die gegnerischen Lager in Frankreich einander wieder näherzubringen, anstatt sie immer weiter auseinanderzutreiben, sei äußerst schwierig, räumte er ein. Eine Woche zuvor war sein Vorgänger Michel Barnier genau daran gescheitert. Vergeblich hatte dieser nach Konsens im Parlament gesucht, um einen angesichts der bedrohlichen Finanzlage notwendigen Sparhaushalt für Frankreich auf den Weg zu bringen.

Barnier ist zweifellos ein ausgefuchster Politiker, das Aushandeln des Brexit-Abkommens zwischen der EU und Großbritannien war alles andere als ein Spaziergang. Aber es war machbar – im Gegensatz zum Anführen einer Minderheitsregierung gegenüber einer aufgebrachten französischen Opposition, die Kompromisse schon aus Prinzip, aber auch aus parteipolitischem Kalkül ablehnte. Und dabei in erster Linie Emmanuel Macron treffen wollte. Für den Präsidenten verringerten sich dadurch die Handlungs-

BIRGIT HOLZER
ksta-politik@kstamedien.de

möglichkeiten. Bayrou ist eine der letzten „Karten“, die Macron ausspielen kann, um die Totalblockade, in der sich das Land und letztlich er selbst befinden, aufzulösen. Mit seinem versöhnlichen Ton und seiner gemäßigten Haltung erscheint der neue Regierungschef gut geeignet. In diesem ähnelt der 73-jährige Michel Barnier, kommt jedoch nicht aus der konservativen Partei, die sich bei den Wahlen anders als die Linken nicht der „republikanischen Front“ gegen die Rechtsextremen angeschlossen hat. Bayrou erscheint neutraler, was sich als Vorteil erweisen kann, um zumindest wieder einen Gesprächsfaden aufzunehmen.

Deutschland mit seiner Tradition der Koalitionen unterschiedlicher Partner wird in Frankreich oft als nachahmenswertes Vorbild genannt, auch wenn der Bruch der Ampel die Grenzen deutscher Kompromissfähigkeit zeigte. Nun besteht die Chance, eine Form der pragmatischen und verantwortungsbewussten Zusammenarbeit anzugehen, vor allem aber auch eine neue Kultur des Dialogs aufzubauen, an der es in Frankreich bitterlich fehlt.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Einkaufslust und Einkaufsfrust

Süßigkeiten verbreiten Behaglichkeit, Retroprodukte vermitteln Geborgenheit – Gute Butter ist ein Stück Selbstbeseelung, verlangt uns aber auch viel ab



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne schreibt er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Das Einkaufen von Lebensmitteln im Supermarkt oder Discounter ist immer auch ein Akt der Selbststabilisierung. Wir rüsten uns nicht nur mit den notwendigen Waren für den täglichen Gebrauch aus, sondern behandeln auch unsere Stimmungslage und unsere innere Verfasstheit. Wer hungrig einkaufen geht, kauft oft mehr; wer gefrustet einkaufen geht, greift schon mal eher zur Tafel Schokolade oder zum Sahnepudding.

Auch die Stimmung in der Gesellschaft, die unsere persönliche Gefühlslage mitbestimmt, hat großen Einfluss auf unser Einkaufsverhalten. Gerade in Zeiten, in denen die Welt da draußen aus den Fugen zu geraten scheint, sucht man beim Einkaufen Beständigkeit und Vertrautheit. Bereits die Ritualisierung des Einkaufs und die damit verbundene Wiederkehr eines ewig gleichen Ablaufs gibt den Menschen dann das Gefühl, dass es – allen Umbrüchen zum Trotz – verlässliche Daseinskonstanten gibt.

Bereits beim Verzehr erlebt man eine beruhigende Oraldramaturgie, wenn alles Widerständige langsam schmilzt

In der Coronazeit eröffnete der ritualisierte Einkauf ein kleines Tor in eine sonst verschlossene Welt. Hier traf man dann mit distanzierter Neugier Nachbarn oder Bekannte. Beim Besorgen oder Hamstern – nicht nur von Klopapier – versicherte man sich seiner Handlungsfähigkeit und Geschäftstüchtigkeit.

In der jetzigen Krisenzeit sind Trostprodukte wie Kekse, Schokoriegel, Pralinen oder Eiscreme den Menschen besonders wichtig. In dunklen, kalten Wintertagen sollen sie das Leben versüßen und den Anflug einer sattsamen, behaglichen Zufriedenheit verbreiten. Bereits beim Verzehr erlebt man eine beruhigende Oraldramaturgie, wenn alles Widerständige kauend oder lutschend langsam schmilzt und sich auflöst.

Viele Menschen greifen auch verstärkt zu sogenannten Retroprodukten wie dem Brandt-Zwieback, den SZ-Schnitten oder den Karamellbonbons „Werthers Echthe“. Diese Marken kennen sie seit ihrer Kindheit. Sie versetzen einen zurück in die vermeintlich gute, alte Zeit. Für einen Moment können durch diese Produkte alte Geborgenheitserfahrungen neu

aufgetischt und nachgeschmeckt werden.

Ein zeitloses Produkt mütterlicher Selbstbeseelung ist die Butter. Als Brotaufstrich oder als Kochzusatz belohnt sie uns nicht nur mit gehaltvollem Geschmack, sondern auch mit einer harmonischen Abrundung. Wenn buchstäblich „alles in Butter ist“, geht es uns gut – so die Hoffnung.

Die Butter gilt jedoch schon immer nicht nur als seelenvolles, sondern auch als launisches Produkt, das den Verwenden einiges abverlangt. Sie muss vorsichtig ausgepackt und in einer ansehnlichen Schale oder Dose serviert werden. Sie braucht eine wohltemperierte Atmosphäre: Ist es zu kalt, verhärtet sie sich und zerklüftet beim Aufstrich die Scheibe Brot. Ist es zu warm, läuft die Butter einfach weg. Lässt man sie zu lange unbeachtet stehen, wird sie ranzig.

Kein Wunder also, dass es Verbraucher gibt, die sich mit der Rama dem Butterdrama zu entziehen suchen. Denn die Margarine hat ein eigenes schönes Packungshäuschen und muss nicht extra umgebettet werden. Die Rama ist auch unkompliziert und stets streichfähig. Sie hilft uns, mit einer entspannten Streichelegie in den Tag zu kommen. Be-

halfwegs erschwinglichen No-Name-Produkt, das aber schon aufgrund der einfachen Verpackung nicht das markante, buttertypische Beseelungsversprechen macht.

Der durch die galoppierende Teuerung erzwungene Verzicht auf lieb gewonnene Produkte oder Marken wird unbewusst als Liebesentzug erlebt. Die Einkaufswelt wirkt angesichts der drastisch gestiegenen Preise nicht mehr zugewandt und entgegenkommend, sondern disziplinierend. Sie zwingt uns zum Sparen und zum Verzichtern. Wir folgen beim Einkauf weniger dem Lustprinzip als der kühlen Ratio, achten auf den Endpreis oder ver-

Drastische Preisnachlässe erzeugen einen enormen Druck: Wer nicht auf Schnäppchenjagd geht, droht etwas zu verpassen

gleichen die am Regal ausgewiesenen Kilogramm-Preise. Aus der Liebeswahl wird so häufig eine Vernunftwahl.

Der verspürte Liebesentzug sorgt dann häufig für schlechte Laune, schwelendes Misstrauen oder gar brodelnde Wut beim Einkauf. Diese Wut kann sich bei der Entdeckung sogenannter Mogelpackungen entladen, die Preisstabilität vorgaukeln, indem das gleiche Geld für eine kleinere Menge verlangt wird. Verbraucherinnen und Verbraucher nehmen das als Verrat und hinterhältiger Liebesentzug wahr, der mehr Ärger hervorruft als eine offene Preiserhöhung.

Die Wut kann aber auch umgelenkt werden, indem man wie wild Treuepunkte sammelt und hofft, für seinen hohen Ausgaben am Ende mit einer Prämie belohnt zu werden. Kanalisiert werden kann die Wut auch in inflationären Rabatt-Aktionen wie dem „Black Friday“. Drastische Preisnachlässe erzeugen einen enormen Druck: Wer nicht auf Schnäppchenjagd geht, droht etwas zu verpassen. Aber auch am Ende der Rabattschlacht berichten die Verbraucher von einem doppelten Ärger: Entweder ärgern sie sich, dass sie bei den unschlagbaren Preisen nicht zugeschlagen haben. Oder sie ärgern sich, dass sie Dinge gekauft haben, die zwar günstig waren, in der persönlichen Gunst aber nicht sehr weit oben rangieren. Psychologisch betrachtet, verrät daher schon der Name Black Friday, was man am Ende davon hat: Man ärgert sich schwarz, so oder so.

KOMMENTAR

Später Erfolg für Scholz

Frühere Ampel-Partner einigen sich auf Entlastungsgesetz

TIM SZENT-IVANYI

Nun also doch: Die FDP hat dem Drängen der rot-grünen Minderheitsregierung nachgegeben, zum Jahresanfang die geplanten Steuersenkungen zum Ausgleich der Inflation und die Kindergelderhöhung in Kraft zu setzen. Tatsächlich hätte sich FDP-Chef Christian Lindner nach dem D-Day-Desaster vollends unglaublich gemacht, wenn es nicht dazu gekommen wäre. Schließlich stammen die Pläne für die Steuersenkungen von einem Bundesfinanzminister, der vor nicht allzu langer Zeit noch Christian Lindner hieß. Der Staat dürfe sich nicht an der Inflation bereichern, hatte der Ex-Minister bei jeder sich bietenden Gelegenheit gemahnt. Recht hatte und hat er.

Für Noch-Kanzler Olaf Scholz ist die Einigung der früheren Ampelparteien ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Er hatte in den vergangenen Wochen immer wieder bei der Union darum geworben, die Steuersenkungen zusammen auf den Weg zu bringen. Doch Kanzlerkandidat Friedrich Merz wollte Scholz nicht einmal mehr das Schwarze unter den Nägeln gönnen. Die Restregierung sollte vorgeführt werden, ihr sollte nichts mehr gelin-

Friedrich Merz sollte dafür sorgen, dass die Unions-Länder dem Gesetz zustimmen

gen. Doch nun steht die Union wie ein begossener Pudel da. Für die Öffentlichkeit ist sie diejenige politische Kraft, die der Bevölkerung die Steuersenkungen vorenthalten wollte. Die Strategie von Merz ist krachend gescheitert.

Aber es gibt noch einen halbwegs gesichtswahrenden Ausweg für CDU und CSU: Sie votieren im Bundestag für die Steuersenkungen und begründen das damit, dass aus dem Gesetzentwurf alle Vorhaben entfernt wurden, die die Union abgelehnt hat. Zumindest sollte Merz dafür sorgen, dass die Unions-Länder im Bundesrat zustimmen. Angesichts der massiven Preiserhöhungen und des Rekordanstiegs bei den Sozialabgaben dürfte das Verständnis in der Bevölkerung für eine Blockade nicht sehr ausgeprägt sein.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
Ein DuMont Unternehmen
KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f.
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Seidel
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmler.
Stellvertretende Chefredakteurin: Dr. Sarah Brasack.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Kendra Stenzel (Digitales), Gerhard Voigt (Landespolitik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel.
Köln: Tim Attenberger, Hendrik Geisler; NRW/Story: Maria Dohmen; Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne Burgmer; Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Dittlef Schmalenberg.
Chefvom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer;
Zeitungsproduktion: Julian Preuten.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de